



Protokoll

Informationsveranstaltung zur Haushaltslage der Stadt Karlsruhe

öffentlich

20. November 2025, 18:00 Uhr | Südwerk, Henriette-Obermüller-Str. 10

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Mentrup

Moderatorenteam: Frau Stricker, Herr Gotzmann

Protokollführerin: Frau Bernatek-Hecht

1) Begrüßung und Programmvorstellung

Das **Moderatorenteam** begrüßt die Anwesenden und erläutert den Ablauf der Veranstaltung. Danach wird ein kurzer Film des Städtetags Baden-Württemberg gezeigt, in dem sich rund 60 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus Baden-Württemberg zusammenschlossen, um auf die prekäre Haushaltslage der Kommunen aufmerksam zu machen.

2) Begrüßung und Einleitung durch Oberbürgermeister Dr. Mentrup

Nach dem Film ergreift **Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup** begrüßt die Anwesenden und erläutert die aktuelle finanzielle Lage der Stadt Karlsruhe. Er betont, dass die Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben eine strukturelle Herausforderung darstelle, die nicht nur Karlsruhe, sondern viele Kommunen in Baden-Württemberg und Deutschland betreffe. Er hebt hervor, dass die Einnahmeseite der Kommunen nicht im gleichen Maße wie die Ausgabenseite wachse, was durch zusätzliche Aufgaben, die von Bund und Ländern übertragen werden, verschärft werde. Er führt aus, dass Karlsruhe bereits seit 2016 ein Haushaltssicherungskonzept verfolge und seit 2021 in der Haushaltsstabilisierung sei. Er verweist auf die bisherigen Einsparungen in Höhe von rund 220 bis 230 Millionen Euro und die Notwendigkeit, weitere 80 Millionen Euro einzusparen, um die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts zu gewährleisten. Dabei betont er, dass die Maßnahmen nicht nur die Bürgerschaft, sondern auch die Mitarbeitenden der Verwaltung erheblich belasten würden, insbesondere durch den geplanten Personalabbau von 7,9 % bis 2030.

3) Darstellung der Haushaltslage durch Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz gibt einen detaillierten Überblick über die finanzielle Situation der Stadt Karlsruhe und beschreibt die strukturelle Schieflage der kommunalen Finanzen als eine der schwerwiegendsten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Sie weist darauf hin, dass die Kommunen lediglich 14 % der Steuereinnahmen erhalten, jedoch 25 % der staatlichen Aufgaben übernehmen müssten. Diese Unterfinanzierung führe dazu, dass über 80 % der Städte und Landkreise in Baden-Württemberg keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen könnten. Ergänzend stellt sie dar, dass es auf Bundesebene eine Aktion der Stadt Stuttgart und zwölf weiteren Landeshauptstädten gebe, die sich mit einem Brandbrief an die Bundesregierung und Landesregierungen gewandt haben, um nochmals darauf hinzuweisen, dass diese dramatische Schieflage der Kommunalfinanzen und das einhergehende

Auseinanderdriften der Einnahmen und der Aufgaben so nicht weitergehe. Allen Kommunen stehe das Wasser bis zum Hals. Sie erwähnt, dass sich auch die Stadt Karlsruhe mit sinkenden Gewerbesteuerereinnahmen, steigenden Sozial- und Personalausgaben sowie einer generellen Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konfrontiert sehe.

Die Stadt stehe vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Beispielhaft zeigt sie auf, dass das Defizit im öffentlichen Nahverkehr wachse, was vollständig aus dem Haushalt getragen werden müsse. Zugleich habe sich die wirtschaftliche Lage des Klinikums verschlechtert. Trotz seiner Einstufung als freiwillige Aufgabe bleibe das Klinikum eine zentrale Einrichtung für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Zusätzlich steigen Personal- und Versorgungsaufwendungen durch Tarifsteigerungen sowie durch neue Aufgaben, die Bund, Land oder der Gemeinderat übertragen haben. Auch im Bereich Soziales und Jugend nehmen die Kosten deutlich stärker zu als früher, bedingt durch mehr Fälle, höhere Standards und gesetzliche Neuerungen. Insgesamt führen all diese Faktoren zu einer deutlichen Belastung des städtischen Haushalts.

Weiter erläutert sie, dass die Stadt Karlsruhe bereits 2021 Maßnahmen zur Haushaltssicherung ergriffen habe, um die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts zu gewährleisten. Sie führt aus, dass für die jetzige Haushaltssicherung von der Verwaltung 406 Maßnahmen vorgelegt worden seien, von denen 309 in die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters fielen und 97 Maßnahmen einen Gemeinderatsbeschluss erforderten.

Sie beschreibt die Konsequenzen eines nicht genehmigungsfähigen Haushalts und warnt vor den erheblichen Einschränkungen, die dies für die Handlungsfähigkeit der Stadt Karlsruhe bedeuten würde. In einem solchen Fall könnten nur noch rechtlich verpflichtende und unaufschiebbare Maßnahmen finanziert werden, was insbesondere die freiwilligen Leistungen, Vereins- und Kulturzuschüsse sowie neue investive Bauprojekte hart treffen würde. Sie betont, dass die Verwaltungsspitze alles daransetze, die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts zu sichern, und verweist auf positive Rückmeldungen seitens des Regierungspräsidiums.

Sie geht abschließend auf die langfristigen Herausforderungen ein und erläutert, dass parallel zur vierten Stufe der Haushaltssicherung bereits weitere Maßnahmen in Form von Verwaltungsaufträgen konzipiert worden seien. Diese umfassten unter anderem die Reduzierung von Personalaufwand, die Aufgabe von Tätigkeiten, Flächenreduzierungen, die Veräußerung von nicht notwendigem Betriebsvermögen sowie die Überarbeitung von Standards und Förderrichtlinien. Sie betont, dass diese Maßnahmen notwendig seien, um auch in Zukunft genehmigungsfähige Haushalte vorlegen zu können.

4) Vorstellung und Einführung der einzelnen Themen in den Dezernaten

- Dezernat 1

Oberbürgermeister Dr. Mentrup führt aus, dass das Dezernat 1 ein vergleichsweise kleines Budget von 80 Millionen Euro aufweise, wovon ein Großteil auf Personalkosten entfalle. Die Einsparvorgabe belaufe sich auf 3,5 Millionen Euro. Er betont, dass das Dezernat vor allem interne Dienstleistungen, Querschnitts- sowie Pflichtaufgaben umfasse, die wenig Spielraum für Einsparungen ließen. Dennoch seien 83 Einsparvorschläge erarbeitet worden. Einige Ämter könnten ihre Einsparvorgaben jedoch nicht erfüllen, da sie fast ausschließlich Personalkosten hätten. Dr. Mentrup hebt hervor, dass Einsparungen bei der Gemeinderatsarbeit nicht möglich seien, da diese die Grundlage der kommunalen Demokratie darstelle. Er erwähnt, dass die geplante Anhebung der Ehrenamtspauschale ausgesetzt werde.

Im Bereich der Ortsverwaltungen solle durch die Bündelung von Dienstleistungen eine Effizienzsteigerung erreicht werden, was langfristig Kosten senken könne.

Bei der Presse- und Informationsarbeit werde angestrebt, die Kommunikation weiter zu digitalisieren, um den steigenden Kosten für Printmedien entgegenzuwirken. Dabei solle jedoch darauf geachtet werden, dass Bürgerinnen und Bürger ohne digitale Affinität weiterhin Zugang zu Informationen hätten.

Zusammenfassend stellt Oberbürgermeister Dr. Mentrup fest, dass es bisher keine gravierenden Rückmeldungen aus der Bürgerschaft zu den geplanten Maßnahmen gegeben habe.

- **Dezernat 2**

Bürgermeister Dr. Käuflein erläutert, dass sein Dezernat eine Einsparvorgabe von 12 Millionen Euro habe.

Er beginnt mit dem Amt für Stadtentwicklung, das 400.000 Euro einsparen müsse. Dies solle durch Kürzungen bei Personalkosten, Sachkosten und Transferkosten erreicht werden. Politisch relevant sei, dass Einsparungen bei der Durchführung von Wahlen vorgenommen würden, unter anderem durch die Anmietung günstigerer Räume für die Auszählung. Zudem sollen Zuschüsse für Stadtteilhäuser und Bürgerzentren reduziert werden.

Im Kulturamt, das 4,7 Millionen Euro einsparen müsse, sollen vor allem Transferleistungen gekürzt werden. Er erklärt, dass institutionelle Förderungen wie für das Staatstheater und das ZKM weniger stark gekürzt würden als Projektförderungen, um die Institutionen durch die Krise zu bringen. Zudem erwähnt er, dass das Stadtmuseum aufgrund drastisch reduzierter Mittel geschlossen werden solle, da der Betrieb mit dem verbleibenden Budget nicht mehr möglich sei.

Beim Ordnungs- und Bürgeramt seien Einsparungen bei Sach- und Transferkosten kaum möglich. Daher müssten Personalkosten reduziert werden, was den Bürgerservice betreffe. Bürgermeister Dr. Käuflein weist darauf hin, dass dies zu einer Verschlechterung des Services führen könne. Er führt zudem an, dass der Zuschuss für die Betreuung der Taubenschläge reduziert werde, indem günstigeres Futter verwendet werde. Die Position des ehrenamtlichen Tier-schutzbeauftragten werde zur Disposition gestellt, da es sich um eine freiwillige Aufgabe handle.

Das Personal- und Organisationsamt müsse zwei Millionen Euro einsparen. Dies solle unter anderem durch die Verschiebung von Beamtenbeförderungen, Flächeneinsparungen und Kürzungen bei der Aus-; Fort- und Weiterbildung erreicht werden. Stellenausschreibungen sollen verstärkt digital erfolgen, um Kosten für Printanzeigen zu reduzieren.

Im IT-Amt seien Einsparungen von 1,55 Millionen Euro vorgesehen, vor allem durch die Reduzierung von Hardware- und Softwarebeschaffungen. Bürgermeister Dr. Käuflein betont, dass dies den Service sowohl nach innen als auch nach außen beeinträchtigen werde.

- **Dezernat 3**

Bürgermeisterin Melchien erläutert, dass sie seit dem 1. September 2025 für das Dezernat 3 zuständig sei, welches die Bereiche Jugend und Eltern, Soziales, Schulen, Sport, Bäder und Integration umfasse. Sie betont, dass im Dezernat 3 Einsparungen in Höhe von über 27 Millionen Euro erforderlich seien, was insbesondere die Kernbereiche der sozialen Stadt betreffe. Sie hebt hervor, dass es ihr als Sozialbürgermeisterin ein zentrales Anliegen sei, einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen, da viele Träger auf die verlässliche Auszahlung freiwilliger Zuschüsse angewiesen seien. Sie verweist darauf, dass Karlsruhe in Bereichen wie der Kinderbetreuung und der Armutsbekämpfung überdurchschnittliche Standards habe, die

freiwillig finanziert würden, und dass Maßnahmen wie die Karlsruher Pässe nicht zur Disposition stünden.

Weiter führt sie aus, dass im Schul- und Sportamt die erforderliche prozentuale Einsparsumme nicht erreicht worden sei, da viele Aufgaben in diesem Bereich gesetzlich vorgeschrieben seien. Daher seien Einsparvorschläge aus anderen Bereichen ihres Dezernats höher ausgefallen. Sie nennt als Beispiel die vorgeschlagene Einstellung der Förderung von Privatschulen sowie die Streichung der ergänzenden Betreuung an Ganztagsgrundschulen. Sie weist darauf hin, dass diese Maßnahmen zu Verunsicherung und Ängsten bei den Betroffenen führten und dass der Gemeinderat im Dezember darüber entscheiden werde.

Im Bereich der Sportförderung erwähnt sie die geplante Streichung des Jugendzuschusses in Höhe von 15 Euro pro jugendliches Mitglied, was eine Gesamtsumme von 410.000 Euro ausmache. Auch der Übungsleiterzuschuss sei von Kürzungen betroffen. Sie betont, dass es sich hierbei um freiwillige Leistungen handele, die zur Diskussion stünden. Im Bereich der Sozial- und Jugendbehörde seien strukturelle Einsparungen in Höhe von 20 Millionen Euro erforderlich, was angesichts der vielen Pflichtaufgaben eine große Herausforderung darstelle. Sie hebt hervor, dass der Bereich Bundes- und Teilhabeleistungen allein eine Verschlechterung des Haushalts um 33 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr verursache. Sie geht auf die Geschwisterkindregelung ein, die seit den 1990er Jahren in Karlsruhe bestehe und vorsieht, dass für Geschwisterkinder keine Beiträge gezahlt werden müssen. Der ursprüngliche Vorschlag, diese Regelung komplett abzuschaffen, sei nach intensiven Diskussionen mit dem Gemeinderat angepasst worden. Die erste Stufe, eine Senkung des Zuschusses um 30 % sowie eine allgemeine Beitragserhöhung um 16,5 % in Kindertagesstätten und der Kindertagespflege, sei bereits beschlossen. Weitere Stufen, darunter eine vollständige Abschaffung der Regelung ab 2027, stünden noch zur Diskussion und seien an die Einführung einer einkommensabhängigen Regelung geknüpft.

Im Bereich der freiwilligen Leistungen strebe man Einsparungen in Höhe von 2 Millionen Euro an. Diese seien in enger Abstimmung mit der Liga der freien Wohlfahrtspflege erarbeitet worden, um die an den ehesten verzichtbaren Leistungen zu identifizieren. Sie betont, dass Bereiche wie der Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Suchtprävention von Kürzungen ausgenommen seien, da hier steigende Bedarfe bestünden.

Abschließend geht sie auf die geplante Schließung des Rheinstrandbads Rappenwört für zwei Jahre ein. Sie erklärt, dass diese Maßnahme notwendig sei, um Einsparungen in Höhe von 900.000 Euro pro Jahr zu erzielen. Das Gelände des Rheinparks solle jedoch weiterhin für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben. Sie betont, dass die Stadt die Absicht habe, das Bad im Jahr 2028 wieder zu eröffnen, insbesondere im Hinblick auf das 100-jährige Jubiläum des Bads im Jahr 2029 und die World Games. Sie verweist auf die Bedeutung ehrenamtlicher Unterstützung für die Zukunft der Bäder und dankt den bereits engagierten Bürgerinnen und Bürgern.

- **Dezernat 4**

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz erläutert die Zuständigkeiten ihres Dezernats 4 und hebt hervor, dass die Stadtkämmerei vor allem interne Aufgaben wie Haushalt, Controlling, Beteiligungsmanagement und kommunale Steuern bearbeite. Sie betont, dass das Marktamt, welches als Betrieb gewerblicher Art geführt werde, für die Organisation und Durchführung von Märkten zuständig sei. Dabei weist sie darauf hin, dass bei öffentlichen Einrichtungen lediglich kostendeckende Gebühren erhoben werden dürften, was die Einnahmesituation begrenze. Die Wirtschaftsförderung habe das Ziel, Unternehmen durch geeignete Rahmenbedingungen zu unterstützen, um deren Entwicklung und Erweiterung zu fördern, was wiederum zur Schaffung von Arbeitsplätzen und einer positiven Entwicklung der Steuereinnahmen

beiträge. Sie führt aus, dass das Dezernat 4 eine Einsparvorgabe von über 6,3 Millionen Euro erhalten habe. Sie beschreibt, dass zur Erreichung dieser Vorgabe verschiedene Maßnahmen ergriffen worden seien, darunter Prozessoptimierungen, Aufwandsreduzierungen und Ertragssteigerungen.

Besonders hebt sie hervor, dass die Stadtkämmerei innerhalb ihres Budgets Zuschüsse an Beteiligungen, wie Verlustausgleiche und Betriebskostenzuschüsse, berücksichtige. Diese seien bei der Verteilung der Einsparquote angerechnet worden, wobei sich die Kämmerei 3,47 Millionen Euro aus den Einsparbeiträgen der Beteiligungen habe anrechnen lassen.

Sie berichtet, dass im Bereich der Wirtschaftsförderung Personalreduzierungen vorgenommen und Aufgaben aufgegeben würden. Dies betreffe insbesondere Leistungen im Bereich Internationales sowie Formate des Wissenschaftsbüros. Zudem sei die erfolgreiche Erstwohnsitzkampagne eingestellt worden, da die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer das ursprüngliche Ziel weitgehend erfüllt habe. Stattdessen werde ein neues Konzept zur Studierendenstadt mit einem kleineren Budget umgesetzt. Weiter erläutert sie, dass auch Sachkosten überprüft und angepasst worden seien. Beispielsweise seien Einsparungen im Bereich Mobilfunk und Softwarelizenzen erzielt worden, indem auf alternative Lösungen umgestiegen werde. Zudem würden städtische Dienstleistungen künftig nur noch gegen Vorkasse angeboten, was ebenfalls zu Personalreduktionen führe.

Im Bereich des Marktamtes seien durch die Vermarktung zusätzlicher Flächen auf dem Messplatz sowie durch die hohe Nachfrage bei Märkten zusätzliche Einnahmen generiert worden.

Darüber hinaus seien moderate Steueranpassungen, wie bei der Hundesteuer und der Erstwohnsitzsteuer, beschlossen worden. Auch die Erweiterung der City-Tax auf die Parahotellerie habe zusätzliche Einnahmen in Höhe von etwa einer Million Euro ermöglicht.

Abschließend erläutert sie, dass die Beteiligungen des Dezernats ebenfalls einen Einsparbeitrag von 5 % ihrer Budgets leisten müssten. Diese Vorgabe sei in Zusammenarbeit mit den Geschäftsführern der Beteiligungen umgesetzt worden, wodurch insgesamt knapp 10 Millionen Euro eingespart worden seien. Die Kämmerei habe hiervon 3,4 Millionen Euro angerechnet bekommen, wodurch die Einsparvorgabe des Dezernats erfüllt worden sei.

- **Dezernat 5**

Bürgermeisterin Lisbach erläutert die Einsparvorgaben ihres Dezernats, die sich auf insgesamt 8,7 Millionen Euro belaufen. Sie hebt hervor, dass der Bereich Umwelt und Arbeitsschutz einen überproportionalen Beitrag geleistet habe, da Einsparungen in den Grünflächenämtern, wie dem Gartenbauamt und dem Forstamt, aufgrund der durch den Klimawandel verursachten Mehraufwände schwierig seien. Diese Mehraufwände resultierten aus extremen Trockenphasen, kranken Bäumen und steigenden Kosten bei beauftragten Firmen. Auch bei der Branddirektion seien Einsparungen kaum möglich, da dies mit einer Absenkung des allgemeinen Sicherheitsniveaus verbunden wäre. Angesichts der zusätzlichen Anforderungen im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz werde eine Absenkung des Sicherheitsniveaus nicht empfohlen.

Des Weiteren erläutert sie, dass im Bereich Umwelt- und Arbeitsschutz, insbesondere im Ergebnishaushalt, Einsparungen in Höhe von insgesamt 5,6 Millionen Euro vorgenommen werden. Sie hebt hervor, dass diese Kürzungen den Investitionshaushalt nicht betreffen, wo weiterhin Mittel für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung stehen. Ein wesentlicher Teil der Einsparungen im Ergebnishaushalt resultiere aus der Streichung des Eigenbetrags für das

Jugendticket Baden-Württemberg aus den Klimaschutzmitteln. Sie äußert die Hoffnung, dass hierfür alternative Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden können.

Sie führt aus, dass das Bonusprogramm und der Klimabonus für private energiesparende Maßnahmen umgestaltet und gekürzt werden. Ziel sei es, die Förderung gezielt dort einzusetzen, wo sie einen entscheidenden Beitrag leisten könne. Dennoch bedeute dies Einschränkungen für Bürgerinnen und Bürger, die beispielsweise Photovoltaikanlagen installieren oder ihre Häuser sanieren möchten. Zudem seien Streckungen bei Klimaschutzmaßnahmen, wie den Machbarkeitsstudien zu Nahwärmenetzen im Stadtgebiet, vorgenommen worden. Diese würden nun langsamer, aber detaillierter umgesetzt. Auch die Öffentlichkeitsarbeit zum Klimaschutz sowie die Personal- und Sachmittel der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) seien reduziert worden. Im Bereich der Investitionsmittel herrsche weiterhin eine stabile Lage. Hier könnten Maßnahmen wie die Installation von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden, der Austausch von Heizungen, die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED und weitere Projekte fortgeführt werden.

Im Bereich des Gartenbauamts sei als Einsparungen beschlossen worden, dass die Zierbrunnen im Stadtgebiet, mit wenigen repräsentativen Ausnahmen, für zwei Jahre stillgelegt würden. Diese Maßnahme solle auch dazu genutzt werden, die Brunnen zu sanieren. Zudem seien Pflegestandards für öffentliche Grünflächen reduziert worden, ebenso wie die Freizeitbeleuchtung. Weitere Einsparungen beträfen die Abschaffung kostenloser Hundekotbeutel, die Streichung des Lichterfests sowie die Beschaffung und Beleuchtung von Weihnachtsbäumen. Auch kleinere Spielflächen und Spielplätze würden abgebaut, wobei die Priorisierung auf wenig genutzte Flächen gelegt werde. Ziel sei es, die verbleibenden Spielplätze aufzuwerten und die Verkehrssicherung zu gewährleisten. Das Förderprogramm für grüne Höfe, Dächer und Fassaden werde moderat gekürzt, bleibe jedoch bestehen.

Im Friedhofs- und Bestattungsamt müssten Maßnahmen wie die Denkmalpflege und die Pflege von Kriegsgräbern eingeschränkt werden. Dank Spendenmitteln könnten diese Bereiche vorübergehend aufgefangen werden, jedoch sei eine Erhöhung der Gebühren erforderlich.

Im Forstamt sei die Streichung einer Stelle vorgesehen, wobei die Kernaufgaben wie die klimaangepasste Waldbewirtschaftung und die Verkehrssicherung nicht beeinträchtigt werden sollen. Einsparungen beträfen vor allem die Erholungsinfrastruktur, wie Sitzgruppen, Trimm-dich-Pfade und Mülleimer.

Abschließend betont sie, dass das Dezernat mit den vorgeschlagenen Maßnahmen einen Einsparbeitrag von 8,7 Millionen Euro erbringe. Sie weist jedoch darauf hin, dass die Herausforderungen durch den Klimawandel, die Energiewende, die Gesundheitsvorsorge und den Katastrophenschutz in den kommenden Jahren weiter zunehmen würden, was die schwierige Haushaltssituation zusätzlich belaste. Sie versichert, dass die Stadt ihr Bestes tun werde, um funktionsfähig zu bleiben und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

- **Dezernat 6**

Bürgermeister Fluhrer hebt hervor, dass die Einsparsumme von 45 Millionen Euro, verteilt auf zwei Haushaltsjahre, eine erhebliche Herausforderung darstelle.

Er führt aus, dass im Bauordnungsamt die Stelle zum Milieuschutz auf der Streichungsliste stehe. Zudem sei eine Erhöhung der Baugenehmigungsgebühren vorgesehen, wobei Karlsruhe im Vergleich zu anderen Städten im oberen Bereich liegen werde.

Weiterhin werde im Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft geprüft, Immobilien zu veräußern, die nicht zwingend notwendig seien. Der Zuschuss für den Pfennigbasar solle gestrichen werden, und das Projekt Gebäudereinigung, das erst vor einem Jahr beschlossen wurde, könne nicht umgesetzt werden. Die Bauunterhaltungsmaßnahmen würden um über sieben-einhalb Millionen Euro pro Jahr reduziert, was bedeute, dass nur noch notwendige Reparaturen, wie bei Rohrbrüchen, durchgeführt werden könnten. Auch die Standards der Gebäudereinigung würden gesenkt, beispielsweise durch eine Reduktion der Fensterreinigungen. Einsparungen bei Wärme- und Stromverbrauch sowie eine Reduktion von Verwaltungsflächen durch verstärkte Nutzung von Homeoffice seien ebenfalls geplant.

Im Liegenschaftsamt sei die Grundbucheinsichtsstelle betroffen, sodass Bürger künftig nach Maulbronn fahren müssten, um Einsicht zu nehmen. Auch das Baulandkataster solle eingestellt werden. Personalkosten für den Klimabonus würden halbiert, was eine Reduktion der Fallbearbeitung zur Folge habe.

Im Stadtplanungsamt würden Projekte wie der Bahnhofplatz Nord und die Planung der Unteren Hub verschoben. Der Gestaltungsbeirat solle mit weniger Mitgliedern tagen, und das Projekt „Gewerbe an Schienen“ werde eingestellt. Weitere Einsparungen beträfen die Kostenbeteiligung bei Next Bike, Marketingmaßnahmen für den Fahrradverkehr sowie Budgetkürzungen in Sanierungsgebieten.

Im Tiefbauamt seien Einsparungen bei Veranstaltungsunterstützungsleistungen, die Einstellung des Parkleitsystems und eine Reduktion der Radmarkierungen vorgesehen. Die Wartung und Reinigung des Karoline-Luise-Tunnels solle künftig tagsüber erfolgen, was zu Verkehrsumleitungen führen könne. Auch die LED-Nachtabsenkung werde verstärkt, um den Stromverbrauch zu senken. Die Parkgebühren würden deutlich angehoben, in einigen Gebieten von 4 auf 10 Euro pro Stunde. Im Bereich der Stadtreinigung seien eine Reduktion der Kanalreinigung, der Instandhaltung des Kanalnetzes sowie des Einsatzes von Pulveraktivkohle im Klärwerk geplant. Letzteres betreffe die vierte Reinigungsstufe, die unter anderem Mikroplastik und Medikamentenrückstände aus dem Abwasser filtere, jedoch hohe Kosten verursache.

Im Zoologischen Stadtgarten solle die Nordkasse auf ein automatisiertes Zugangssystem umgestellt werden, wodurch Personal eingespart werde. Zudem sei eine frühere Schließung des Stadtgartens vorgesehen, um Sicherheits- und Aufsichtskosten zu reduzieren. Die Eintrittsgelder würden erhöht, und es werde auf Sponsoring, wie das der Volksbank pur, gesetzt, um zusätzliche Mittel zu generieren.

5) Top 5 Fragen aus dem Bürgerbeteiligungsportal

Moderatorin Stricker erläutert, dass die Veranstaltung nun zu den fünf meistgerankten Fragen aus der Einwohnerschaft übergeht. Diese Fragen seien im Vorfeld über das Bürgerbeteiligungsportal der Stadt Karlsruhe eingereicht und bewertet worden. Die fünf Fragen mit den höchsten Bewertungen seien von den Dezernaten beantwortet worden und würden nun von Oberbürgermeister Dr. Mentrup vorgestellt.

Oberbürgermeister Dr. Mentrup bedankt sich bei den Bürgerinnen und Bürgern für die Einreichung von insgesamt 48 Fragen und erklärt, dass die fünf folgenden meistbewerteten Fragen ausgewählt wurden.

- Die 1. Frage beziehe sich auf die Kosten der World Games in Höhe von 22 Millionen Euro und deren Vergleich mit der Sanierung einer mittelgroßen Schule. Wie wolle man Schülerinnen und Schüler erklären, dass sie für ein einmaliges Event hintenanstehen?

Oberbürgermeister Mentrup stellt klar, dass die Mittel für die World Games aus dem Investitionshaushalt stammen und nicht in Konkurrenz zu laufenden Haushaltsmitteln wie Kulturförderung oder sozialen Ausgaben stehen. Er betont, dass die Entscheidung für die World Games nach intensiven Debatten im Gemeinderat getroffen wurde und auf einer breiten demokratischen Mehrheit basiere. Die Vorteile der World Games sieht er in der identitätsstiftenden Wirkung für die Stadtgesellschaft sowie in den wirtschaftlichen Effekten durch Fördermittel von Bund und Land in Höhe von insgesamt 88 Millionen Euro.

- *Zur 2. Frage, die die Streichung der ergänzenden Betreuung an Grundschulen betreffe*, erklärt **Oberbürgermeister Dr. Mentrup**, dass die Stadt ab dem Schuljahr 2026/27 verpflichtet sei, ein Ganztagsbetreuungsangebot einzuführen. Dies mache es notwendig, die ergänzende Betreuung bis 14:00 Uhr zu ersetzen, da keine Parallelstrukturen finanziert werden könnten. Er betont, dass die Stadt auf verpflichtende Ganztagsangebote setzen müsse und individuelle Betreuungswünsche nicht mehr über städtisch geförderte Strukturen abgedeckt werden könnten.

- *Die 3. Frage thematisiert die Erhöhung der Kita-Gebühren, die Streichung des Geschwisterzuschusses sowie Einsparungen bei Schulsozialarbeit, Schulbudgets und Jugendhilfe*. **Oberbürgermeister Dr. Mentrup** weist darauf hin, dass Karlsruhe im Vergleich zu anderen Städten weiterhin sehr günstige Kita-Gebühren habe und auch nach der Erhöhung von 16,5 % im unteren Bereich bleibe. Der Geschwisterzuschuss sei eine Karlsruher Besonderheit, die in keiner anderen Stadt in dieser Form existiere. Die Streichung betreffe etwa 1.400 bis 1.600 Kinder, wobei Familien mit geringem Einkommen weiterhin durch die wirtschaftliche Jugendhilfe unterstützt würden. Hinsichtlich der Schulsozialarbeit erklärt er, dass nur Projekte und nicht die Stellen der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter betroffen seien. Die Kürzung der Schulbudgets um 5 % halte er für zumutbar, und in der Jugendhilfe bleibe der Rechtsanspruch auf Unterstützung bestehen.

- *Die 4. Frage bezieht sich auf die Investitionen in das Staatstheater im Vergleich zu höheren Betreuungskosten und einem schrumpfenden ÖPNV-Angebot*. **Oberbürgermeister Dr. Mentrup** stellt klar, dass die Investitionen ins Staatstheater aus dem Investitionshaushalt finanziert würden und nicht in Konkurrenz zu anderen Bereichen stünden. Er betont, dass das Staatstheater durch die Reduzierung des Betriebskostenzuschusses bereits in einer schwierigen Lage sei.

- *Die 5. Frage thematisiert die Verschuldung der Stadt und die Rolle von Großprojekten wie der U-Bahn, dem Staatstheater, dem Stadion, der Turmbergbahn und den World Games*. **Oberbürgermeister Dr. Mentrup** erklärt, dass diese Projekte zu Zeiten beschlossen wurden, in denen die Finanzierung realistisch darstellbar war. Die aktuelle Verschuldung sei jedoch erst in den letzten drei Jahren durch jährliche Kreditaufnahmen von 200 Millionen Euro stark angestiegen. Er betont, dass die Stadt derzeit vor allem begonnene Maßnahmen abschließe und sich auf kleinere Investitionen wie Schulsanierungen und Infrastrukturmaßnahmen konzentriere. Die wachsende Verschuldung stelle eine große Herausforderung dar, sowohl für die aktuelle Haushaltsplanung als auch für zukünftige Generationen.

6) Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner im Saal

Das Moderatorenteam **Stricker und Gotzmann** sammeln die Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner im Saal und übergeben diese an die zuständigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

- *Wenn von Einsparungen gesprochen wird – warum werden Sponsoren und Ehrenamtliche nicht aktiver eingesetzt?*

Oberbürgermeister Dr. Mentrup führt aus, dass die Stadt Karlsruhe bereits ein Ehrenamtsbüro eingerichtet habe, das solche Aktivitäten koordine. Zudem existiere eine Karlsruher Stiftung, die finanzielle Mittel bereitstelle, um Projekte zu unterstützen. Diese habe in den letzten Jahren mehrere Millionen Euro generiert, die unter anderem dem Zoo zugutekämen. Er betont, dass die Aktivierung von Gemeinsinn und Gemeinschaftssinn essenziell sei, um zusätzliche Beiträge für nicht verpflichtende städtische Aufgaben zu erhalten. Gleichzeitig äußert er sich zurückhaltend gegenüber der Idee, städtische Aufgaben generell auf ehrenamtliche Tätigkeiten zu übertragen, da dies nicht der politischen Konzeption entspreche. Er kündigt an, dass das Thema ab 2026 intensiver angegangen werde, betont jedoch, dass der aktuelle Fokus auf der Aufstellung eines genehmigungsfähigen Haushalts liege.

- Stichwort Rappenwört - wieso ist man nicht ehrlich genug, zu sagen, dass das Bad nach der Schließung nicht komplett geschlossen wird?

Bürgermeisterin Melchien erklärt, dass die Stadtverwaltung keine Pläne habe, das Bad dauerhaft zu schließen, da weiterhin Mittel für dessen Erhalt im Haushalt vorgesehen seien. Sie betont jedoch, dass die finanzielle Lage der Stadt in Zukunft unvorhersehbare Entscheidungen erzwingen könnte. Sie hebt das ehrenamtliche Engagement hervor, das in anderen Einrichtungen wie dem Freibad Wolfartsweier oder dem Sonnenbad bereits erfolgreich umgesetzt werde, und sieht darin einen wichtigen Ansatz für die Zukunft.

- Es wird nach Maßnahmen gefragt, um die Vorgaben des Regierungspräsidiums zu entschärfen?

Oberbürgermeister Dr. Mentrup erläutert, dass das Regierungspräsidium an die gesetzlichen Vorgaben zur Haushaltsgenehmigung gebunden sei und derzeit keine Abweichungen von diesen Vorgaben erkennbar seien. Er verweist auf die Bemühungen der Stadt, auf Landes- und Bundesebene für eine Verbesserung der kommunalen Finanzlage zu kämpfen. Er warnt jedoch, dass eine Lösung auf Bundesebene frühestens 2027 oder 2028 zu erwarten sei, was die finanzielle Situation der Kommunen bis dahin weiter verschärfen könnte.

- Eine weitere Frage richtet sich an Oberbürgermeister Dr. Mentrup und betrifft seine Haltung zur Einführung einer Vermögenssteuer?

Oberbürgermeister Dr. Mentrup erklärt, dass er als Oberbürgermeister nicht autorisiert sei, der politischen Ebene Vorschriften zu machen, wie sie ihre Ziele erreichen solle. Innerhalb seiner Partei unterstütze er jedoch die Einführung einer Vermögenssteuer. Er betont die Notwendigkeit, die Verantwortlichkeiten für finanzielle Mittel zwischen Bund, Ländern und Kommunen klar zu regeln, da die Kommunen derzeit die Hauptlast trügen.

- Es wird zur nächsten Frage übergeleitet, die sich auf die Streichung des Zuschusses für die Internationalen Wochen gegen Rassismus bezieht?

Bürgermeister Dr. Käuflein erklärt, dass dieser Vorschlag der Verwaltung sehr schwergefallen sei, da es sich um ein wichtiges Thema handle. Er betont, dass Einsparungen grundsätzlich schmerzhaft seien und appelliert an die Zivilgesellschaft, durch ehrenamtliches Engagement und finanzielle Unterstützung wichtige Projekte weiterhin zu ermöglichen. Er weist jedoch darauf hin, dass der Gemeinderat noch über den Vorschlag entscheiden müsse.

- Eine weitere Fragestellerin möchte wissen, warum zu Beginn des Schuljahres nicht der tatsächliche Bedarf an Ganztagesbetreuung abgefragt werde, um Kosten zu sparen? **Bürgermeisterin Melchien** erklärt, dass die Stadt verpflichtet sei, den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung zu erfüllen, und dass die vorgeschlagene Vorgehensweise diesen Anspruch nicht abdecken würde.

- Es wird um Klarstellung gebeten, warum durch das Streichen der ergänzenden Betreuung Kosten gespart werden?

Bürgermeisterin Melchien erläutert, dass das flexible Angebot, welches in der Schulkindbetreuung gemacht werde, nicht den Vorgaben des Ganztags entspreche, wie sie vom Land vorgesehen seien. Sie betont, dass die Stadt in einigen Bereichen von den landesweiten Vorgaben abweiche, jedoch ausschließlich nach oben. So sei beispielsweise ein höherer Fachkräfteschlüssel in der zukünftigen Schulkindbetreuung vorgesehen, ebenso wie die Berücksichtigung zusätzlicher Randzeiten, die über die Vorgaben des Landes hinausgingen. Eine Abweichung nach unten sei hingegen nicht zulässig. Sie stellt klar, dass eine Betreuung an lediglich zwei Tagen nicht den Rechtsanspruch erfülle. Die Kommune sei in diesem Zusammenhang an die ihr gestellten Aufgaben gebunden. Bürgermeisterin Melchien führt weiter aus, dass in Fällen, in denen keine Ganztagschule vorhanden sei, ein alternatives Modell angeboten werde. Dieses Modell basiere auf einem modularen System und sei kostenpflichtig. Sie hebt hervor, dass dies eine Alternative darstelle, die zukünftig verfügbar sein werde. Hinsichtlich der Frage, ob es eine ergänzende Betreuung geben werde, könne sie derzeit keine abschließende Aussage treffen. Sie verweist darauf, dass die Entscheidung hierzu bei der Politik liege und im Dezember getroffen werde. Bis dahin würden mögliche Alternativen diskutiert.

- Es steht die Frage im Raum, warum ein Modell, das an einer Schule angeboten werde, plötzlich und ohne Änderungen von heute auf morgen nicht mehr angeboten werde? **Bürgermeisterin Melchien** erläutert, dass ein umfassender Beteiligungsprozess durchgeführt worden sei, um die zukünftige Gestaltung des Schulkinderbetreuungssystems zu erarbeiten. Dieser Prozess habe verschiedene Bereiche umfasst, darunter sowohl pädagogische Raumkonzepte als auch das pädagogische Angebot. Sie hebt hervor, dass von den gesetzlich vorgeschriebenen Standards abgewichen worden sei, da die Finanzierung des Modells lange Zeit unklar gewesen sei. Es habe zunächst keine Sicherheit darüber bestanden, welche finanziellen Mittel vom Land bereitgestellt würden. Dennoch sei die Verpflichtung, den Rechtsanspruch auf Betreuung zu erfüllen, maßgeblich gewesen. Bürgermeisterin Melchien weist weiter darauf hin, dass das beschlossene Modell keine Möglichkeit vorsehe, den Schulbezirk zu wechseln, ohne den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung zu verlieren. Zwar bestehe weiterhin die Möglichkeit, einen Antrag auf Schulbezirkswechsel zu stellen, jedoch führe dies zum Erlöschen des Anspruchs auf Betreuung im modularen System. Sie appelliert an die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Alternativen zu diskutieren, die weniger einschneidend seien. Sie betont, dass zahlreiche Zuschriften zu diesem Thema eingegangen seien. Ob diese Alternativen eine Mehrheit finden würden, sei eine demokratische Entscheidung, die ebenfalls Ende Dezember getroffen werde.

- Aus der Einwohnerschaft wird die Frage gestellt, wie durch die ergänzende Betreuung Kosten eingespart werden könnten, da das Personal auch für die Ganztagesbetreuung benötigt werde?

Bürgermeisterin Melchien erklärt, dass die Frage berechtigt sei, wie viel tatsächlich eingespart werden könne. Sie betont, dass das Personal auch für die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung benötigt werde. Dies sei eine gesetzliche Verpflichtung, die unabhängig von der finanziellen Lage der Kommune erfüllt werden müsse. Sie äußert, dass sie persönlich ein Fan eines guten Ganztagsystems sei, jedoch sei dies keine Entscheidung, die in ihrem Ermessen liege. Sie verweist auf einen anderen Pflichtbereich, in dem sich der Plan um 33 Millionen Euro verschoben habe, obwohl diese Mittel nicht im Haushalt vorhanden seien. Dennoch müsse die Kommune diese Ausgaben tätigen, was zu einer erheblichen finanziellen Schieflage führe. Sie hebt hervor, dass auch im Bereich der Ganztagsbetreuung eine solche Verpflichtung bestehe und dafür Personal erforderlich sei.

Oberbürgermeister Dr. Mentrup ergänzt, dass es für die ergänzende Betreuung eine minimale Förderung durch das Land gebe, die etwa 20 % betrage. Diese Förderung werde jedoch entfallen, da das Land beschlossen habe, die Ganztagsbeschulung und die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab der ersten Klasse mit 68 % Landesmitteln zu fördern. Die Förderung des Landes für die ergänzende Betreuung werde hingegen auf null gesetzt. Er verweist auf die veränderte Rechtslage, die durch den Bund geschaffen worden sei und nun einen Ganztagsanspruch vorsehe, der zuvor in dieser Form nicht existiert habe. Die Umsetzung des Ganztagsanspruchs bringe organisatorische Herausforderungen mit sich, insbesondere in Bezug auf die Bereitstellung von ausreichend Personal. Er führt aus, dass das Land Baden-Württemberg nach langen Verhandlungen mit dem Städtetag einer Förderung von 68 % zugestimmt habe, obwohl ursprünglich eine geringere Kostenübernahme vorgesehen gewesen sei. Gleichzeitig habe das Land jedoch die Unterstützung für ergänzende Betreuungsangebote gestrichen. Oberbürgermeister Dr. Mentrup betont, dass die Stadt diese veränderten Rahmenbedingungen berücksichtigen müsse. Er weist darauf hin, dass die Rechtslage, die Versorgungsprodukte sowie die öffentliche Förderung durch Bund und Länder sich geändert hätten, weshalb die Stadt ihre Angebote entsprechend anpassen müsse. Er gibt zu bedenken, dass die Landesförderung von 68 % nicht ausreiche, um die entstehenden Kosten zu decken, und dass die verbleibenden 32 % nicht vollständig von den Eltern übernommen werden könnten. Er schätzt, dass sich der Eigenanteil der Eltern auf etwa 15 bis 20 % einpendeln werde, ähnlich wie bei der Kinderbetreuung für Kinder unter sechs Jahren.

- Es wird hinterfragt, wie Schulen die zukünftigen Herausforderungen bewältigen könnten, wenn gleichzeitig gespart werde?

Bürgermeisterin Melchien erklärt, dass die Stadt als Schulträger vor allem für die Ausstattung der Schulen und das nichtpädagogische Personal zuständig sei, während die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts in der Verantwortung des Landes liege. Sie hebt hervor, dass trotz der Kürzungen in den Schulbudgets weiterhin Programme in Bereichen wie Berufsorientierung, Integration und Inklusion fortgeführt würden, um sicherzustellen, dass kein Kind ohne Abschluss bleibe. Sie verweist auf innovative Ansätze und Förderprogramme, die weiterhin umgesetzt würden, auch wenn die finanziellen Mittel reduziert worden seien. Zudem erwähnt sie, dass es durch Programme des Landes, wie beispielsweise „Startchancen“, weiterhin Möglichkeiten zur Förderung gebe, wodurch eine positive Entwicklung an Schulen möglich bleibe.

- Es wird sich danach erkundigt, warum der Hebesatz der Grund- und Gewerbesteuer nicht erhöht werde, um zusätzliche Kosten zu decken?

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz erläutert, dass sowohl die Grundsteuer als auch die Gewerbesteuer in die Überlegungen einbezogen worden seien. Sie führt aus, dass der Hebesatz der Gewerbesteuer bereits im vorletzten Doppelhaushalt bewusst angehoben worden sei, da die städtischen Leistungen auch von Gewerbetreibenden genutzt würden und diese somit einen Beitrag leisten sollten. Sie betont jedoch, dass eine erneute Erhöhung der Gewerbesteuer in der aktuellen wirtschaftlichen Lage, in der die Wirtschaft stocke und die Gewerbesteuerentnahmen rückläufig seien, dazu führen könnte, dass Unternehmen abwandern. Sie hebt hervor, dass die Ertragsseite der Stadt Karlsruhe zu über 80 % von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängt und die Gewerbesteuer ausschließlich von Unternehmen gezahlt werde, die ihren Sitz in Karlsruhe hätten und dort ihre Produkte verkauften. Aus diesen Gründen sei im Rahmen der Haushaltseinbringung keine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer vorgesehen. Bezüglich der Grundsteuer führt Bürgermeisterin Luczak-Schwarz aus, dass eine umfassende Diskussion zur Reform der Grundsteuer stattgefunden habe. Ziel sei es gewesen, eine Aufkommensneutralität hinsichtlich der Gesamtsumme zu erreichen. Sie verweist auf die zahlreichen Diskussionen über die Belastung von Einfamilienhausbesitzern und merkt an, dass der aktuell beschlossene Hebesatz nicht einmal die angestrebte Aufkommensneutralität

erreiche. Eine erneute Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer halte sie jedoch für politisch schwierig, da dies eine zusätzliche Belastung für Gruppen bedeuten würde, die bereits durch die Reform stark betroffen seien. Sie erwähnt, dass einige Bürgerinnen und Bürger eine Verdopplung, Verdreifachung oder sogar Verachtfachung ihres bisherigen Grundsteuerbeitrags verkraften müssten.

- Thematisiert wird das Parkraumkonzept und die Frage, warum nur einige ausgewählte Einwohnerinnen und Einwohner für das Parken bezahlen müssten? Zudem wolle man wissen, ob eine Ausweitung des Konzepts auf die gesamte Stadt in Betracht gezogen werde?

Bürgermeister Fluhrer erklärt, dass die Überlegung bestehe, das Einwohnerparken strukturiert zu erweitern und die entsprechenden Bereiche präziser abzugrenzen. Dies solle dazu beitragen, eine gerechtere Verteilung zu gewährleisten. Er führt aus, dass geplant sei, das Parken im öffentlichen Raum kostenintensiver zu gestalten, um eine Verlagerung des Parkens in die vorhandenen, teilweise nicht ausgelasteten Tiefgaragen zu bewirken. Dies solle gleichzeitig die Qualität des Stadtraums erhöhen. Er ergänzt, dass parallel dazu über Maßnahmen diskutiert werde, wie einzelne Straßenzüge vom Verkehr entlastet und mehr Grünflächen in die Stadt integriert werden könnten. Diese Ziele könnten jedoch nur im Rahmen eines ganzheitlichen Konzepts erreicht werden. Derzeit liege ein Vorschlag vor, die Gebühren für einzelne Stellplätze zu erhöhen. Die jährliche Gebühr für das Einwohnerparken sei in diesem Vorschlag jedoch noch nicht enthalten.

- Eine Nachfrage bezieht sich darauf, ob es seitens der Stadt Karlsruhe Selbstkritik hinsichtlich der aktuellen Lage gebe, warum es zu dieser Situation gekommen sei und welche Pläne für die Zukunft bestünden?

Oberbürgermeister Dr. Mentrup weist den Vorwurf zurück, dass die Stadt auf Kosten der Ärmsten spare. Er betont, dass die Stadt vielmehr bemüht sei, Strukturen und Sicherheiten zu erhalten, die es insbesondere den sozial Schwächsten ermöglichen würden, weiterhin an der Stadtgesellschaft teilzuhaben. In Bezug auf die Selbstkritik erklärt er, dass die Stadt in der gegenwärtigen finanziellen Lage nicht in der Lage wäre, Entscheidungen wie die über den Bau eines Stadions oder die Kombilösung erneut zu treffen. Er stellt jedoch klar, dass die damaligen Entscheidungen des Gemeinderates, gemessen an den damaligen Möglichkeiten und Chancen, gerechtfertigt gewesen seien und man erleichtert sei, dass die Maßnahmen rechtzeitig begonnen worden seien, da sie unter den damaligen Rahmenbedingungen gut darstellbar und umsetzbar gewesen seien. Diese rechtzeitigen Maßnahmen hätten der Stadt eine Zukunftsperspektive gesichert, die viele andere Städte nicht hätten. Er hebt hervor, dass Karlsruhe im Vergleich zu anderen Städten, rechtzeitig gehandelt habe, insbesondere im Hinblick auf die Theaterlandschaft und andere kulturelle Großprojekte. Er zeigt sich dankbar, dass das Land Baden-Württemberg in Großbauprojekte wie das Badische Landesmuseum, die Staatliche Kunsthalle und das Badische Staatstheater investiere und betont, dass solche Investitionen in der Zukunft nicht mehr möglich wären.

- Bei der letzten Frage wird sich nach der mittel- und langfristigen Finanzplanung der Stadtverwaltung erkundigt, und ob eine Agenda existiere, die eine nachhaltige Finanzierung gewährleisten?

Oberbürgermeister Dr. Mentrup erläutert, dass verschiedene Maßnahmen notwendig seien, um die finanzielle Stabilität der Stadt zu sichern. Er führt aus, dass die Stadt sich von Vermögenswerten trennen müsse, die keinen Nutzen mehr brächten, um Verwaltungskosten und Unterhaltskosten zu reduzieren sowie zusätzliche Einnahmen zu generieren. Zudem sei geplant, bis 2030 insgesamt 440 Stellen einzusparen, was aktuell Einsparungen in Höhe von 32 Millionen Euro bedeuten würde. Diese Einsparungen würden durch künftige Kostenentwicklungen noch an Bedeutung gewinnen.

Weiterhin betont er die Notwendigkeit einer stärkeren Digitalisierung. Obwohl bereits viele digitale Angebote existierten, würden diese von den Bürgerinnen und Bürgern nicht ausreichend genutzt. Es sei erforderlich, Strategien zu entwickeln, um die Nutzung dieser Angebote zu fördern, da gut umgesetzte Digitalisierungsprojekte sowohl Effizienzgewinne als auch Einsparungen im Personalaufwand mit sich brächten.

Er hebt hervor, dass die Stadt auf Unterstützung von Bund und Land angewiesen sei, um langfristig handlungsfähig zu bleiben. Er kritisiert, dass der Bund bisher nicht bereit sei, Standards in der Sozialgesetzgebung zu senken oder eine umfassende Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu übernehmen, insbesondere im Bereich der Betriebskosten. Auch die Krankenhausfinanzierung sei unzureichend, da kommunale Krankenhäuser nicht in ähnlicher Weise wie Universitätskliniken unterstützt würden. Ohne diese Unterstützung werde die Stadt in Zukunft gezwungen sein, drastische weitere Maßnahmen wie die Schließung von Freibädern oder Kultureinrichtungen zu ergreifen.

Er weist darauf hin, dass die Stadt jährlich etwa 200 Millionen Euro neue Schulden aufnehme, während sie aus dem Sondervermögen des Bundes lediglich 15 Millionen Euro pro Jahr erhalte. Diese Mittel seien zwar hilfreich, reichten jedoch nicht aus, um die finanzielle Lage der Stadt signifikant zu entspannen. Die steigenden Tilgungs- und Zinslasten würden die Handlungsspielräume der Stadt weiter einschränken. Er appelliert an die Anwesenden, sich auf Landes- und Bundesebene für einen Systemwechsel einzusetzen, da die bisherigen strategischen Maßnahmen allein keine ausreichende Entlastung bewirken könnten.

7) Abschluss der Veranstaltung und Ausblick

Das Moderatorenteam Stricker und Gotzmann bedankt sich bei den Anwesenden für ihre Teilnahme an der Veranstaltung sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern, die die Veranstaltung über den Livestream verfolgt haben.

Oberbürgermeister Dr. Mentrup äußert seinen Dank an die Anwesenden für ihre Teilnahme und spricht seinen besonderen Dank an die Dezernentinnen und Dezernenten sowie die Amtsleiterinnen und Amtsleiter aus, die trotz fehlender Verpflichtung anwesend gewesen seien. Ebenso würdigt er die Arbeit der städtischen Mitarbeitenden, die die Veranstaltung vorbereitet hätten, obwohl die ursprünglich erwarteten Teilnehmerzahlen und damit verbundene Sicherheitskonzepte nicht eingetreten seien. Er betont, dass die Veranstaltung dennoch mit großem Aufwand verbunden gewesen sei.

Er betont, dass er sich über Rückmeldungen der Teilnehmenden freuen würde, um bei zukünftigen Veranstaltungen ein größeres Interesse zu generieren und verweist darauf, dass die intensive öffentliche Diskussion der letzten Wochen zu den Themen der Haushaltslage bereits ein hohes Maß an Aufmerksamkeit erzeugt habe. In diesem Zusammenhang bedankt er sich bei den Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) für die Berichterstattung über zentrale Themen wie Sportförderung und Kinderbetreuung, die dazu beigetragen habe, wichtige Punkte aus der umfangreichen Liste der Herausforderungen hervorzuheben.

Er hebt die konstruktive Haltung der Teilnehmenden hervor, die die Antworten der Stadtverwaltung zunächst akzeptiert hätten, auch wenn diese nicht immer geteilt würden. Dies sei ein positives Zeichen für den guten Umgang miteinander innerhalb der Stadtgesellschaft, den es weiterzuführen gelte.

Abschließend weist er darauf hin, dass insbesondere das Thema der ergänzenden Betreuung weiterhin von Bedeutung sei und die Stadtverwaltung hierzu zur Verfügung stehe. Er wünscht

den Anwesenden einen angenehmen Abend und einen sicheren Heimweg und lädt dazu ein, bei zukünftigen Veranstaltungen erneut teilzunehmen.

Zur Beurkundung
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
10. Dezember 2025